

Haushaltsrede 2021 der UWG-Fraktion Südlohn-Oeding

(leider zum ersten Mal ohne die mündliche Rede, um die Sitzungszeit für alle Teilnehmer zu begrenzen)

Sehr geehrter Herr Stödtke, sehr geehrte Frau Küppers,
sehr geehrte Ratsmitglieder, Pressevertreter und Bürger!

Ein außergewöhnliches, für alle Bürger belastendes Jahr 2020 liegt hinter uns und ein Ende der Pandemie ist trotz rasanter Impfstoffentwicklung noch nicht absehbar.

Für jeden von uns sind besondere Herausforderungen mit Kontaktbeschränkungen, der Schließung von Schulen, Kitas und vieler Branchen zu bewältigen, um die weitere Ausbreitung des SARS-CoV 2 Virus einzudämmen. Dieses Virus hat allein in Deutschland schon mehr als 61.000 Menschenleben gefordert, unzählige Menschen sind erkrankt und viele in ihrer Existenz gefährdet.

Ein großer Dank geht an alle Menschen, die sich an die jetzigen Regeln halten, an Familien, die die Betreuung und das Homeschooling der Kinder neben ihrer eigenen Arbeit organisieren und an Betriebe, die neue Arbeitsformen ausprobieren und ihre Abläufe zunehmend digitalisieren. So tragen sie alle auf ihre Weise dazu bei, die Zahl der Neuinfizierten und Erkrankten wieder zu reduzieren.

Auch auf den Haushalt unserer Gemeinde gibt es Auswirkungen, selbst wenn diese sich im letzten Jahr bisher noch vergleichsweise moderat ausgewirkt haben.

Die Kämmerin hat unter diesen Bedingungen einen Haushalt vorgelegt, der auf den ersten Blick sogar noch mit einem positiven Ergebnis abschließt, wenn man ausschließlich auf das vorausgeplante Jahresergebnis von 878 T€ schaut. Diese Zahl enthält jedoch im Gegensatz zu den Vorjahren nicht ein vollständig den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Finanzlage unserer Gemeinde.

Ein Ende 2020 beschlossenes Landesgesetz zur Isolierung der Corona bedingten Belastungen führt dazu, dass die Kämmerer gezwungen sind, die finanzielle Lage der Gemeinde besser darzustellen, als sie in Wirklichkeit ist. Dies hat wenig mit kaufmännischer Vorsicht zu tun. Für die Gemeinde Südlohn bedeutet dies, dass die Ertragslage um ca. 1,12 Mio. € zu positiv dargestellt ist, da sich die Summe der Corona bedingten Mehraufwendungen und Mindererträge in dieser Größenordnung bewegen wird (S.68 im Haushalt). Damit würde das reelle Jahresergebnis mit einem Minus von etwa 240 T€ abschließen. Aus unserer Sicht ist es eine Bilanzfälschung, wenn Mindereinnahmen und Mehrbelastungen aktiviert und so als außerordentliche Erträge verbucht werden müssen.

Das ist jedoch ausdrücklich nicht unserer Kämmerin anzulasten, sondern diesem Gesetz des Landes NRW geschuldet.

Wie schon in den letzten Jahren hat die Gemeinde auch in 2021 wieder hohe Investitionen zu tätigen, unter anderem in die Sanierung und Erweiterung der Von-Galen-Grundschule, Umbauarbeiten an der Turnhalle der ehem. Roncalli-Schule, die Erschließung des 5. und 6.

Bauabschnitts im Schaperloh, weitere Sanierungen am Zentralklärwerk sowie die laufenden Unterhaltungen und Instandsetzungen am Wirtschaftswegenetz der Gemeinde.

Aus Sicht der UWG sollten die notwendigen Investitionen in unsere Infrastruktur auf jeden Fall vorgenommen werden, auch unter Nutzung von bestehenden Fördermöglichkeiten. Unter Berücksichtigung der deutlich schwierigeren Finanzlage besteht aber kein Spielraum für alles, was vielleicht wünschenswert, aber nicht notwendig ist.

Hier geht ein Dank auch an die Ratsmitglieder, die in hohem Maße auch in den anderen Fraktionen die Notwendigkeit einer sparsamen Mittelverwendung mittragen. Dies wurde in der vergangenen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses deutlich.

Wir würden uns freuen, wenn sich auch eine Ratsmehrheit dazu entschließen könnte, in ernsthafte Verkaufsverhandlungen mit dem Kreis Borken als Schulträger der Hans-Christian-Andersen-Schule (ehemals Roncalli-Hauptschule) einzusteigen. Die SPD hat den Antrag wieder auf die Tagesordnung gebracht und folgt damit unserem Anliegen und der Gemeindeprüfungsanstalt. Wir denken, dass durch ein solches Vorgehen auch die Nutzung dieses Gebäudes als Schulstandort über die nächsten Jahre sichergestellt werden kann. Gleichzeitig würde ein angemessener Verkaufserlös zur Finanzierung wichtiger Investitionen in die weiteren Schulgebäude beitragen.

Für eine gute Information der Bürger bei verschiedenen Projekten wie der Umbau der Blumen- und Gartenstraße, der Neugestaltung des Rathausumfeldes oder andere größere Projekte wünschen wir uns, dass vor Ort eine direkte Beteiligung mit Anfragen der Anwohner durchgeführt werden kann. Transparente und für alle verständliche Informationen tragen viel dazu bei, ob Vorhaben von vielen Bürgern mitgetragen und mitgestaltet werden können. Diese analoge Form des Austausches zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung ist für uns nach wie vor die beste Art und Weise, um wirklich miteinander in Kontakt zu treten und sich zu verständigen. Dies wird jedoch erst dann realistisch durchführbar sein, wenn die Zahl der Neuinfizierten stark reduziert wurde.

Erfreulich ist, dass in diesem Jahr in beiden Ortsteilen die Anlage bzw. die Erweiterung der großen Kinderspielplätze im Baugebiet Burlo-West und im Schaperloh realisiert wird. Besonders unser Ratsmitglied Ludger Rotz hat diese Entwicklung über einen längeren Zeitraum immer wieder angemahnt. Gerade jetzt, wo viele andere Freizeitaktivitäten für Familien nicht umsetzbar sind, erwarten wir eine zügige Umsetzung dieses Vorhabens.

Auch sollten wir uns in der nächsten Zeit mit der Zukunftssicherung im Abwasserbereich beschäftigen, da es aus unserer Sicht gerade für kleine und mittelgroße Kommunen zunehmend schwierig sein wird, die technischen wie personellen Voraussetzungen für einen regelgerechten Betrieb beizubehalten. Die Anforderungen an Umwelttechnik und Weiterbildung in diesem Bereich werden zunehmen, eine kommunalübergreifende Zusammenarbeit erleichtert es möglicherweise, diese Erfordernisse zu erfüllen.

Die Kämmerin macht im Vorbericht zum Haushaltsentwurf deutlich, dass die Alterssicherung der gemeindlichen Beamten im besten Fall während ihrer aktiven Dienstzeit einzuplanen und durch entsprechende Einzahlungen zu hinterlegen ist. Dieses Vorhaben unterstützt die UWG grundsätzlich, weil damit weniger Risiken in Form von Rückstellungen zur

Alterssicherung im Haushalt zu finden sind. Damit würden diese Aufwendungen wie bei den Angestellten in der Zeit erfasst, in denen die beamteten Mitarbeiter auch ihren Dienst für die Gemeinde leisten. Hier würden wir gern die nächsten Schritte gehen, um herauszufinden, wie und in welchem Zeitraum eine solche Umstellung möglich ist.

Im vorgelegten Haushaltsentwurf werden die Hebesätze für die Grundsteuern und die Gewerbesteuer nicht verändert. Spielraum für eine schnelle Senkung besteht hier leider nicht, aber auch eine Erhöhung der Sätze wäre in dieser Zeit das falsche Signal an die Bevölkerung.

Bei den Wirtschaftswegen ist nach unserer Auffassung die Praxis der letzten Jahre beizubehalten, in jedem Jahr einige Kilometer der zu unterhaltenden Wege in Stand zu setzen. Die Reihenfolge wird auf Grundlage des vorliegenden Gutachtens zu den Wirtschaftswegen vom Rat festgelegt. Falls eine Förderung zur Verfügung steht, sollte die Verwaltung dies, wie auch im letzten Jahr berücksichtigen.

Die Bezirksregierung wird aus nachvollziehbaren Gründen nur begrenzt Fläche für die weitere Entwicklung der Gemeinde im Bereich Wohnen und Gewerbe zulassen. Über Anreize zur Nutzung älterer Wohnimmobilien für junge Familien sollte in den nächsten Jahren konkreter nachgedacht werden (Stichwort: Jung kauft Alt), aber auch Nachverdichtung und kleine Grundstücke für Tiny Houses könnten bei Bedarf pragmatische Lösungen für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum darstellen.

Die von der Verwaltung in Aussicht gestellte Übersicht zu potentiellen Gewerbeflächen begrüßen wir. Bereits gut aufgestellten Betrieben wie auch Neugründungen im Gewerbebereich sollte nach Möglichkeit Fläche bei notwendigen Erweiterungen angeboten werden können, insbesondere wenn damit eine Schaffung von Arbeitsplätzen verbunden ist. Bereits in den vergangenen Jahren, aber auch jetzt zeigt sich bisher, dass eine Mischung von unterschiedlichen Betrieben ein solides Fundament für Arbeitsplätze und Gewerbesteuerzahlungen ist. Ein ausreichendes Angebot an Gewerbefläche ist die Basis für einen solchen Branchenmix.

Die Vielzahl von Bau- und Investitionsvorhaben in der Gemeinde erfordert eine angemessene Stellenbesetzung im Bauamt. Auch die sinnvolle Überprüfung, ob und gegebenenfalls unter welchen Bedingungen Fördermittel für bestimmte Projekte verfügbar sind, erfordert ausreichende Kapazität zur Bearbeitung. Wir halten die Erhöhung um eine halbe Stelle in diesem Bereich für eine vernünftige Entscheidung.

Erfreulicherweise hat der Kreis Borken die finanzielle Lage der Kommunen in dieser Zeit erkannt. Die Senkung der Kreisumlage sorgt in Zeiten sinkender Einnahmen aus Gewerbesteuer dafür, dass nicht noch mehr Liquidität aus den Gemeinden abfließt. Selbst wenn die Jugendamtsumlage steigt, sehen wir dieses Bemühen des Kreises seinen Städten und Gemeinden gegenüber positiv.

Das Coronavirus und die Bemühungen seiner Eindämmung haben im letzten Jahr vieles verändert; einzelne Branchen haben sehr starke Umsatzrückgänge zu verzeichnen und sind quasi immer noch zum Stillstand gezwungen, längst nicht alle betroffenen Betriebe erhalten staatliche Unterstützung, auch wenn sich dies in den Medien manchmal so darstellt. Auch

Vereine und Familien hat die Pandemie je nach individueller Situation sehr unterschiedlich getroffen. Eine zusätzliche Unterstützung von besonders betroffenen Vereinen auf Antrag, angelehnt an die Vereinsförderrichtlinie, nach Prüfung der jeweiligen finanziellen Lage können wir mittragen.

Mit dem Anlaufen des Impfzentrums am Montag dieser Woche verbinden wir die Hoffnung, dass mit dem verantwortungsvollen Handeln der allermeisten Bürger und der zunehmenden Möglichkeit, sich gegen das Virus impfen zu lassen, langsam wieder Normalität zurückkehrt.

Die Mitarbeiter in unserer Gemeinde haben in dieser Krise bislang bereichsübergreifend engagiert und auch zu ungewöhnlichen Zeiten gearbeitet, um teils kurzfristig Maßnahmen umzusetzen und bürgernah zu agieren. Dies ist nicht immer selbstverständlich. Wir bedanken uns an dieser Stelle auch ausdrücklich bei unserem Bürgermeister Werner Stödtker und unserer Kämmerin Birgit Küpers, die uns bei den Haushaltsberatungen an einem Samstagnachmittag geduldig Fragen beantwortet und Zusammenhänge erläutert haben.

Die Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss habe ich als konstruktiv und lösungsorientiert wahrgenommen. Dies finde ich sehr ermutigend und sollte uns helfen, dass wir trotz dieser Krise gut und an der Sache orientiert im Sinne unserer Bürger zusammenarbeiten.

Die UWG Südlohn-Oeding wird dem Haushaltsentwurf mit den beschlossenen Änderungen zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Bleiben Sie gesund und kommen Sie mit Ihren Familien gut durch diese schwierige Zeit.

Karin Schmittmann

Fraktionsvorsitzende der UWG Südlohn-Oeding